

Die „Weltwacht“
erschint täglich Nachmittags außer
Sonntagen und in den bis
Erpedition, Neue Granzstr. 14,
durch die Post nach
den Kolporturen zu beziehen.
Preis vierteljährlich Mk. 2.50,
pro Woche 20 Pf.
Verkaufsstelle Nr. 717.

Weltwacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Organ für die werkhätige Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die neue Welt“.

Veröffentlichung
beruht für die einjährige
Periode über deren Name
20 Pfennige für Einzel- und
Berichtungs-Anzeigen
10 Pfennige.
Inserate für die nächste Nummer
müssen bis Donnerstag 10 Uhr in der
Erpedition abgegeben werden.

Telephon
Nr. 451.

Telephon
Nr. 451.

Nr. 55.

Donnerstag, den 6. März 1902.

13. Jahrgang.

Gewerkschaftsmitglieder

und Heimarbeiter.

Arbeitsbrüder und -Schwestern, die Ihr bereits die Notwendigkeit der Organisation erkannt — die Ihr aus materiellen wie geistigen und sittlichen Gründen Euch zu Gewerkschaften zusammengeschlossen habt, an Euch tritt jetzt eine Frage heran von höchstem Ernst, von tief einschneidender Bedeutung für jeden Einzelnen von Euch, die Frage:

„Welche Stellung hat der gewerkschaftlich organisierte Fabrik- und Werkstättenarbeiter der Heimarbeit und dem Heimarbeiter gegenüber einzunehmen?“

Die Antwort kann bei ruhiger Ueberlegung nur lauten: „Die Heimarbeit ist aus wirtschaftlichen, gesundheitlichen und sittlichen Gründen zu verwerfen und ihre Schäden mit ganzer Kraft zu bekämpfen!“

Heimarbeit ist eine der größten Gefahren für jeden Angehörigen der Arbeiterklasse, sie ist ein böswartiges Geschwür am Körper der arbeitenden Menschheit.

In seiner Eigenschaft als Arbeiter hat der Gewerkschaftler schwer zu leiden unter der Konkurrenz des Heimarbeiters, der, in Unkenntnis des Lohnsages der Fabrikarbeiter oder in seiner aus der Vereinfachung hervorgehenden Schüchternheit, weit billiger zu arbeiten bereit ist, als der sich mit seinen Arbeitskollegen herathende, mit ihnen zusammenstehende Fabrik- und Werkstättenarbeiter, zumal wenn dieser bereits gewerkschaftlich organisiert ist und die Masse seiner Berufsgenossen als feste Stütze hinter sich weiß.

Beispiele lassen sich hierfür aus den allerersten Arbeitsgebieten anführen, die schlimmsten finden sich in den einzelnen Zweigen der Konfektionsindustrie, denn hier ist die Heimarbeit am allverbreitetsten und wirkt nach allen Richtungen hin verderblich.

Aber auch Tabakarbeiter und -Arbeiterinnen, die bei sich zu Hause arbeiten und somit den von ihnen bewohnten Raum, die darin nöthige Heizung und Beleuchtung auf ihre Kosten hergeben, also dem Arbeitgeber schon eine ansehnliche Ausgabe ersparen, erhalten gleichfalls geringeren Lohn für gleiche Arbeit, als die in der Fabrik beschäftigten Personen.

So zahlte ein Berliner Zigarettenfabrikant seinen Fabrikarbeitern 2.50 Mk. für 1000 Zigaretten; einem Heimarbeiter, der, von auswärts gekommen, die Preise nicht kannte und überdies um jeden Preis arbeiten wollte, um seine Familie zu ernähren, 1.75 Mk. für das Tausend. Der „gute“ Arbeitgeber ließ diesen Mann sehr gern arbeiten, denn nicht nur arbeitete dieser selber bis tief in die Nacht hinein, sondern seine Frau und fünf von den sieben vorhandenen Kindern waren ihm bei der Arbeit behilflich; ein fünfjähriges packte die fertigen Zigaretten in Schachteln.

Dieser „brave“ Heimarbeiter brachte natürlich weit mehr Zigaretten fertig als seine in der Fabrik thätigen Kollegen,

und an jedem Tausend hatte der Fabrikbesitzer außer seinem gewöhnlichen Profit noch einen Extraverdienst von 75 Pf.

Wer wollte sich da wundern, wenn der Fabrikant die Arbeit überträgt!

Die in der Tabakindustrie thätige Arbeiterschaft kann denn auch in der That ein gar trauriges Lied davon singen, wie sehr ihre Lohn- und Arbeitsverhältnisse unter dem Einflusse der Heimarbeit immer ärger werden. Vereinzelte Ausnahmen in einigen Orten bestreiten auch hier nur die Regel.

Es ist freilich unmöglich, Beispiele von Lohnrück und Schmuckkonkurrenz aus allen Arbeitszweigen anzuführen, weil man ein dickes Buch darüber schreiben müßte; aber diese Arbeit kann man sich um so mehr sparen, als Ihr selbst, organisierte Arbeiter und Arbeiterinnen, ja alle Tage mit eigenen Augen seht, am eigenen Leibe spürt, was die Heimarbeit für Schädigungen mit sich bringt. Jeder erlebt es in seiner Branche, wie der Arbeitgeber bei irgend welchen Forderungen der Arbeiter diesen antwortet: „Wenn's Euch nicht paßt, könnt Ihr gehen, und ich gebe die Arbeit aus dem Hause, wobei ich sie billiger bekomme und mich mit den Leuten nicht herumzuzügeren brauche.“

Thatsächlich wird dann auch alle erdenkliche Arbeit an Heimarbeiter vergeben: Metallarbeiten, Holz-, Horn- und Perlmuttersachen, Spielwaaren, Glasperlen u. s. w. werden hausindustriell unter den unerhörtesten, elendesten Bedingungen hergestellt. Das Nähen der Strohhüte wird fast ausschließlich von Heimarbeiterinnen gemacht.

Erst in diesen Tagen hat auch Herr Dr. Honigmann in Breslau auf einige Uebelstände der Heimarbeit hingewiesen.

Mit Gewalt verschließen die Heimarbeiter sich aber die Augen gegenüber der unerhörten Lohnrückerei und der unmenschlichen Ausbeutung der Arbeitskraft, welche die Heimarbeit zur Folge hat.

Wenn die Gewerbezahlungen von 1895 rund eine halbe Million Personen zählt, welche in 242 487 Heimarbeitsstätten thätig waren, so sind in der Personenziffer noch nicht jene Hunderttausende von Kindern mitgezählt, die bei der Heimarbeit bis ins zarteste Alter herab in die kapitalistische Frohn gezwungen werden. Berichtet doch selbst die königliche Gewerbeinspektion von Sachsen von erwerbsthätigen, noch nicht einmal schulpflichtigen Kindern, und der Bericht von Sachsen-Meiningen führt einzelne Kinder an, die vom vierten Jahre ab verdienen helfen müssen. Grausamer kann eine heranwachsende Generation nicht von Grund aus geistig, körperlich und sittlich ruiniert werden, als dies die Heimarbeit mit sich bringt, die Hunderttausenden in den in Liedern und Romanen so viel gepriesenen goldenen Kindheitstagen Eifer und Kraft und Leben auspreßt, den ungezählten Kinderherzen in ihren jungen Tagen Frohsinn, Licht und Sonne raubt und damit das ganze spätere Leben vergiftet. Die unbarmherzige Noth zwingt die Eltern, keine Rücksicht auf ihr eigen Fleisch und Blut zu nehmen, die Kinder müssen bis zur vollständigen Erschöpfung mitarbeiten.

In unserer Vaterlande, wo jahraus, jahrein Zehntausende von Männern und Frauen erwerbslos sind und im Glend verkommen, Tausende aus Arbeitsmangel zu Verbrechern an der gesellschaftlichen Ordnung werden, in's Gefängniß und Zuchthaus wandern, und Mancher schon das Blutgerüst besteigen mußte — da werden viele Hunderttausende von Kindern zum Geldverdienen mißbraucht.

In die Fabriken dürfen die Kinder unter 13 Jahren nicht, aber in finsternen, schmutzigen Stuben, bei elender, qualmender Petroleumlampe dürfen sie fabrikmäßig frohnden zwischen Lappen, Holzspähnen, Glas- und Steinstaub, giftigen Farben und Dünsten, Leintopf und Bügeleisen.

Das ist der Segen der Heimarbeit!

Die Heimarbeiter seufzen unter einem Glend, aus dem sie sich zu befreien allein nicht fähig sind. Die Heimarbeit ist zu einem Auktionshause geworden, bei dessen Reinigung die Gesamtarbeiterschaft mit thätig zu sein hat. Diese Reinigung kann aber nur auf gesetzlichem Wege geschehen, und die Gesetzgebung für diese Frage zu mobilisiren, das bedarf des energischen Eingreifens aller organisierten Arbeiter und eines von ihnen auszuübenden Druckes auf die öffentliche Meinung. Es muß auf dem Wege der Gesetzgebung durch die Gleichstellung mit den Werkstatt- und Fabrikarbeitern sowie durch die Ausdehnung der Kranken- und Invaliditätsversicherung auf die Heimarbeiter den menschenwürdigen Zuständen in der Hausindustrie beizukommen versucht werden. Wenn mit aller Energie die 700 000 in modernen Gewerkschaften organisierten Arbeiter an der Erreichung dieses Zieles mitarbeiten, ist der gemeinsamen Arbeit auch ein befriedigender Erfolg beschieden.

Wollt Ihr nun, organisierte Arbeiter, nicht träge bei Seite stehen und den Schaden sich immer weiter hineinfressen lassen in Euer eigenes lebendiges Fleisch, so tretet mit ein in den Kampf gegen die Heimarbeit, wie sie jetzt ist.

Es ist also nöthig, daß jeder organisierte Arbeiter dahin strebe, auch die Heimarbeiter in seinem Berufe (oder dem seiner Frau und seiner Kinder) einer gewerkschaftlichen, auf dem Boden des modernen Arbeitskampfes stehenden Organisation zuzuführen.

Der Mann sage es seiner Frau, seiner Braut, der Bruder seiner Schwester, daß nur der Anschluß an die Organisation im Stande ist, hier allmähliche Besserung zu schaffen.

In Breslau bestehen seit einigen Monaten besondere Sektionen des Schneiderverbandes für die Herren- und Damenkonfektion und Mitglieder für dieselben werden jederzeit im Arbeitersekretariat aufgenommen.

Die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter der anderen Branchen sind zunächst berufen, durch Bepfehlung der Angelegenheit an allen Orten, diese Organisationen zu stärken, denn es giebt in unserer Stadt etwa 40—50 000 in der Konfektionsindustrie thätige Heimarbeiter.

Die Falkner von St. Vigil.

Roman aus der Zeit der bayerischen Herrschaft in Tyrol
von Robert Schweißel.

29) Sie vermissen auch Dich auf dem Klosterhofe Alle schmerzlich bei der Arbeit,“ sagte Hannes und bot dem Bruder seine Doje an. „Aber wir erleichtern uns eine unangenehme Lage wahrlich nicht durch Ungebuld.“

„Wo soll ich denn die Geduld hernehmen, zum Teufel! rief der Bruder und stopfte den Tabak rasch in die Nase. „Soll ich sie mir etwa aus den Fingern saugen? Denn weiter hab ich ja nichts zu thun.“

Mismuthig setzte er sich Hannes gegenüber auf die Tischkante.

„Indes giebt es doch so Manches zu denken, wozu Du jetzt Mühe hast,“ meinte Hannes. „In der Freiheit bist Du schwerlich dazu gekommen, Dir Klar zu machen, wie sehr Du gegen göttliche und weltliche Geseze gestelst hast.“

„Ho,“ rief Ambros und sprang vom Tische. „Ich soll gestelst haben? Hab' ich dem Larzeit nicht ein funkelnelneues Kreuz machen lassen, wie es kein Anderer auf seinem Grab hat? Mir ist Unrecht geschehen, schreiendes Unrecht geschehen. Aber Gewalt ist kein Recht und wenn ich ein Messer bei mir gehabt hätte, bei Gott, ich würde die Lunnel von Landjägern schon abgeführt haben und säße jetzt nicht hier.“

„Ambros, Ambros, was für schreckliche Reden und Wünsche,“ mahnte Hannes erschreckt. „Ich sollte meinen, daß Du schon Unheil genug angerichtet hast.“

„Es wünscht halt Jeder, was ihm paßt,“ versetzte Ambros finster.

„Ja, Du wünschst nur, was Dir selber paßt und überlegst bei Deinen Handlungen nie, ob sie Anderen schweres Vergehele verursachen oder nicht,“ rief Hannes mit vorwurfsvollem Blicke.

„Ach, Sie meinen die Alte?“ entgegnete Ambros mit lässigem Tone. „Hab' ich sie denn nicht gebeten, daß sie mir die dumme Geschichte vergehen möcht? Ich könnte mich noch heute oberheben, daß ich ein solcher Gjel gewesen bin. Ich hab' gegen die Frau Larzeit gehan, was ich gegen keinen anderen Menschen auf der Welt gehan haben würde und sie — Mord-element!“

„Und sie?“ fragte Hannes in der größten Spannung. „Und sie — sie hat Dir nicht verziehen?“

„Ja, wissen Sie denn nicht, wie's zwischen uns ausgegangen ist? marcte Ambros. „Freilich, Sie waren schon vorher fortgegangen. Die und mir vergeben! Die Frommen sind immer die Schlimmsten. Ganz unsinnig ist sie gewesen. Und ich soll gleich das Gsel brechen hat sie mich verdammt! wenn ich“

noch einmal über ihre Stubenschwelle käme. Na, davor fürcht ich mich nicht. Vom Verwünschen ist noch Keiner gestorben.“

Hannes klopfte bei dieser Wirtheilung das Herz mit starken Schlägen. Sie hat ihm nicht verziehen und es ist aus zwischen ihm und Stasi. In der nächsten Minute schämte er sich jedoch vor sich selber und fingerte verlegen an seiner Tabakdose herum. Er wagte es nicht, Ambros anzusehen.

Dieser fuhr fort, indem er sich mit dem linken Schenkel wieder auf die Tischkante setzte:

„Und darum hab' ich mit Schmerz darauf gewartet, daß Sie wieder nach Hause kämen. Die Alte hält so große Stücke auf Sie und wenn Sie als Gsellicher ihr vorstellen, daß ihr Zorn auf mich gar keinen Sinn und Verstand hat, nachher giebt sie sich wohl im Guten. Denn das soll sie sich nicht einbilden, daß ich von der Stasi lassen werde. Und selbiges sollen Sie auch der Stasi von mir sagen.“

Hannes starrte ihn mit weitgeöffneten Augen an.

„Das — das soll ich ausrichten?“ flötete er, und sich emporkniefend fuhr er fort: „Ambros, Ambros, ist Dir denn nichts heiliger Nicht einmal der Wunsch und Willen einer Sterbenden? Denn die Lage der Frau Larzeit sind gegül.“

„Ja, wie reden Sie denn?“ entgegnete der Bruder mit einiger Verwunderung. „Von wegen meiner mag sie so ruhig sterben, als sie kann. Es ist doch nichts Unrechtes, wenn ich Sie bitte, daß Sie die Alte zur Vernunft bringen? Ich hab's ihr schon dagumalen selbst gesagt, daß ich von der Stasi nicht lasse und darüber ist kein Reden weiter. Will sie sich auf Ihre Vorhalten nicht geben, nachher ist es noch so.“

„Das kann nicht Dein Ernst sein,“ rief Hannes lebhaft.

„Du kennst den Spruch der heiligen Schrift: Des Vaters Segen bauet den Kindern Häuser —“

„So viel hab' ich schon noch von der Kinderlehr' behalten, wie das Sprüchlein etwa ausgeht,“ unterbrach ihn der Bruder. „Aber ich weiß auch, daß mich nicht die Verwünschungen der Frau Larzeit, noch die ganze Hölle von der Stasi abwendig machen. Und jetzt will ich Ihnen auch ein Sprüchlein herjagen, Herr Bruder. Nämlich: die geistlichen Herren verstehen von der Lieb' nichts. Das ist so, als wenn Unsereins Lateinisch reden wollte und hat es doch nimmer gelernt. Schauen Sie, Herr Hannes, Sie können es halt nicht wissen, was es mit der Lieb' für eine Sach' ist. Ich hab' die Stasi nicht zu sehen getrieget, seitdem damals die Mutter so teuflischwild gegen mich aufgefahen ist, aber ich weiß, daß sie mir von ganzem Herzen zugehen ist, und also wird uns auch der Papst in Rom nicht auseinander reden und beten.“

Hannes hatte den Kopf auf die Brust sinken lassen, sein Gesicht glühte wie die Dolomiten in der Abendröthe und sein Herz zitterte. Er sollte nicht wissen, was Hebe sein. Ambros stand auf, legte ihm die Hand auf die Schulter und sagte:

„Nichts für ungut, Herr Hannes, böß war es nicht gemeint.“

Der Bruder nickte mit einem Seufzer auf und wie er Ambros in so zwerfshlicher Haltung vor sich stehen und ihm in die schwarzen, blühenden Augen sah, da begriif er, daß Stasi seinen Bruder lieben mußte. Er nahm eine Briese, um sich zu jamneln; dann begann er mit etwas unsicherer Stimme:

„Ich soll Dir bei Frau Larzeit das Wort reden. Aber wie könnte ich das mit gutem Gewissen? Ich würde es thun, wenn ich Vertrauen zu Deinem Charakter hätte. Denke nur daran, was Dich hierher geführt hat! Keine rechtshaffene Mutter würde einem Burischen, der so leichtsinnig und wild ist, wie Du es bist, das Glück ihres Kindes anvertrauen. Ich wäre ebenso leichtsinnig wie Du, wenn ich Frau Larzeit bereden wollte, Dir ihren größten Schatz auszuantworten. Reize Dich erst, lautere Dich; Du hast jetzt Zeit dazu.“

Ambros, der sich unterdessen auf den Rand seiner Bettstelle gesetzt hatte, machte eine spöttliche Miene.

„Freilich, wenn Sie so schlecht von mir denken, dann runder's mich nicht, daß es Andere auch thun. Zum Teufel, ich will mich nicht besser machen, als ich bin; aber was Schledtes kann mir Keiner nachsagen, und der Stasi bin ich lust recht wie ich bin. Jetzt hab' ich Sie gebeten, daß Sie sich an mir und der Stasi als ein lieber Bruder erweisen möchten, aber lehren den Priester heraus. Gut, gut! Schöne, glatte Worte habt Ihr Alle auf der Zunge, wann's aber darauf ankommt, sie wahr zu machen, dann sind die hochwürdigen Herren nicht zu Haus. Meinewegen! Aber glauben Sie doch ja nicht, daß Sie oder die Alte Ihre Stück gegen mich durchsetzen werden. Ich brauch' mich nicht erst lange zu prüfen, denn ich weiß, was ich will, und ich schwör's Ihnen bei meiner Seligkeit, daß die Stasi meine Frau wird. Was sich nicht biegen will, muß brechen.“

„Gewalt! Ja, die ist stets Dein letztes Mittel gewesen,“ rief Hannes unwillig. „Verschwöre Dich nicht,“ fuhr er höflich fort; „Du kennst das Mädchen nicht glücklich machen.“

„Nicht glücklich!“ lachte Ambros jorinig und selte folgenden Worte trieben seinem Bruder alles Blut aus dem Herzen zu Kopf, so daß er aufstand und an das nächste Fenster trat, um die Gluth seines Gesichtes zu verbergen. „Freilich, auf Ihre Weise nicht, nicht mit Lügen und Beten. Wenn das ist's doch alles, was Sie unter Glück verstehen. Aber auf unsere Weise werden wir zwei Beide schon glücklich werden, die Stasi und ich, verlassen Sie sich darauf. Dazu brauch't's halt nichts weiter, als daß wir uns lieb haben.“

Hannes hatte mit beiden Händen die Gitterstäbe erfaßt und die heiße Stirn gegen das Eisen gedrückt. Er dachte eine gute Weile, bis er sich wieder so weit gefaßt hatte, um das Wort ergreifen zu können.

„Deine Auffassung von Glück ist eine sehr oberflächliche,“ gamp er, indem er sich wieder zu Ambros wendete.

Politische Uebersicht.

Die Zolltariffkommission hat am Mittwoch vier weitere Nummern des Tarifs erledigt. Wiederum gab es eine erregte Geschäftsordnungsdebatte, in deren Verlauf der Vorsitzende Nettich eine Entscheidung vom Präsidenten des Reichstages, Grafen Vallerstrem, eingeholen suchte darüber, ob Schlussanträge in der Kommission und vor der Abstimmung über Schlussanträge Geschäftsordnungsdebatten zulässig sind.

Reis.

Die Kommission begann am Mittwoch ihre Verhandlungen mit den Positionen 10 und 61 (Reis unpoliert und poliert), die zusammen betragen werden.

Dazu lagen Anträge vor vom Abg. Gothein (fr. Vgg.), den Zoll für polierten Reis auf 4 Mk. herabzusetzen und vom Abg. Antrich (Soz.), den Reis ganz zollfrei zu lassen.

Abg. Antrich begründet seinen Antrag, indem er auf die Bedeutung des Reis für die Ernährung der ärmeren Volksschichten hinweist. Als Redner behauptet, die Zollhebung für Reis bewirke, in welchem Maße die arbeitenden Klassen den Auswanderungsdrängen der Junger preisgegeben seien, wird er von dem Abg. Gamp durch den Zwischenruf „Unverschämte!“ unterbrochen.

Der Vorsitzende Nettich schloß sich veranlaßt, deshalb den Abg. Antrich zur Sache zu rufen.

Abg. Gothein (fr. Vgg.) stellt fest, daß die ärgsten Schreier für Schutzölle auf Reis die deutschen Kapitalisten seien, die an Reismähdern in Osterrich beteiligt wären.

Geheimrat Pau sucht den Schutz Zoll für polierten Reis damit zu begründen, daß das Deutsche Reich in Europa das einzige Land gewesen sei, das nicht zwischen poliertem und unpoliertem Reis Differenzire.

Um die Geschäftsordnung.

Vorsitzender Nettich teilt mit, daß ein Schlussantrag eingegangen sei und läßt sofort darüber abstimmen, obwohl Abg. Stadthagen (Soz.) sich inzwischen zur Geschäftsordnung gemeldet hat. Der Schlussantrag wird angenommen.

Zur Geschäftsordnung wiederholt Abg. Stadthagen seinen gestrigen Protest gegen die Zulässigkeit von Schlussanträgen in Kommissionen und beanstandet die Geschäftsabführung des Vorsitzenden, weil dieser seine Wortmeldung zur Geschäftsordnung unbeachtet gelassen habe.

Abg. v. Kardorff (Rp.) tadelt die Ausdrücke der sozialdemokratischen Redner, die es liebten, den Ton der Berliner Volksversammlung in diese Kommission zu übertragen.

Abg. Stadthagen (Soz.) protestiert gegen diese Kritik. Der Ton der Sozialdemokraten sei doch besser, als der Ton im Volksklub. Die Erregtheit der Majorität beweise, daß der Nennbrandfang für die Abgeordneten der Rechten zu zügellos sei, weil sie offenbar einen längeren Schlaf zur Verhütung ihrer Nerven nötig hätten.

Abg. Antrich (Soz.) protestiert gegen den vom Vorsitzenden verübten Bruch der Geschäftsordnung.

Vorsitzender Nettich erklärt, Graf Vallerstrem habe ihm gesagt, es strebe nirgends in der Geschäftsordnung, daß die für das Plenum geltenden Bestimmungen auch auf die Kommissionen angewendet seien. Graf Vallerstrem habe ihm gesagt, daß er vollkommen im Recht sei, wenn er Schlussanträge zur Abstimmung bringe, ohne vorher eine Geschäftsordnungsdebatte anzustellen.

Abg. Antrich (Soz.) führt in befruchteter Erregung aus: Anstatt auf lächerliche Art die Geschäftsordnung zu mißbrauchen, möge doch die Mehrheit den Muth haben, zu erklären, daß Gewalt vor Recht gehen solle. Das Verfahren des Vorsitzenden gegen Stadthagen sei ganz ungebührlich.

Vorsitzender Nettich erklärt es für unzulässig, dem Vorsitzenden so etwas vorzumerzen.

Abg. Dr. Heim (Zentrum) wünscht, daß das Plenum des Reichstages über die fringire Geschäftsordnungsfrage entscheide, ob ein Schlussantrag in der Kommission zulässig sei oder nicht. Er habe nicht Lust, sich von den Sozialdemokraten umgezogenheiten sagen zu lassen.

Vorsitzender Nettich erklärt, der Ausdruck „Umgezogenheiten“ sei vielleicht nicht ganz am Platze gewesen.

Abg. Dr. Paasche (natl.) behauptet, im Lande herrsche die Meinung, daß die Minorität die Majorität vergewaltige.

Abg. Dr. Müller-Meinungen (fr. Vp.) befreit, daß dies der Fall sei: Das Plenum müsse nicht über die Frage der Schlussanträge, sondern auch darüber entscheiden, ob Wortmeldungen zur Geschäftsordnung vor der Abstimmung über Schlussanträge zu berücksichtigen seien.

Vorsitzender Nettich behauptet, er sei durch die Meldungen zur Geschäftsordnung in seinen Ausführungen unterbrochen worden.

Abg. Gersib (Zentrum) erklärt, das Zentrum werde feits-

falls für eine Vergewaltigung der Minorität zu haben sein; dazu habe es selbst zu lange in der Opposition gestanden.

Die Abg. Stolte und Wolfenbüchel (Soz.) sprechen sich im Sinne Stadthagens gegen die Geschäftsabführung des Vorsitzenden Nettich aus.

Die Kommission wird sich dahin schlüssig, daß zunächst dem Seniorenfondent die Fragen unterbreitet werden sollen: 1. ob Schlussanträge in Kommissionen zulässig seien; 2. ob vor der Abstimmung über Schlussanträge Geschäftsordnungsdebatten angängig seien; 3. ob jedem Antragsteller zur Begründung seines Antrags das Wort erteilt werden müsse.

Leinsaat.

Während nunmehr der Vorsitzende sich zum Präsidenten Grafen Vallerstrem begab, stimmte die Kommission über die Höhe für Reis ab (die Regierungsvorlage wird angenommen) und verhandelte über den Zoll für Fein- und Hauksaat.

Abg. Antrich charakterisierte die Einführung eines Zolles für Feinsaat, da Leinöl für die ärmeren Leute, die nur von Kartoffeln und Leinöl leben, ein wichtigeres Nahrungsmittel sei, als eine Rüberr-Belüft.

Staatssekretär Graf Vosadomsky feingzeichnete diesen Zoll als Kompensationsartikel für Handelsverträge.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wurde gegen 9 Stimmen abgelehnt, dann aber nach weiteren verbalischen Mittheilungen des Handelsministers Müller angenommen.

Nachdem sodann die Höhe für Feinsaat und Leinöl entsprechend der Vorlage mit 15 gegen 8 Stimmen angenommen waren, referierte der Vorsitzende Nettich über seine Verhandlungen mit dem Präsidenten Grafen Vallerstrem.

Der Präsident habe erklärt, daß er den Seniorenfondent mit dem Streit über die Geschäftsordnung nicht befassen wolle. Auch das Plenum könne damit nur befaßt werden, wenn ein schriftlicher Bericht vorliege. Der Präsident sei der Ansicht, daß die Kommission den Streit selber austragen müsse.

Nach kurzer Debatte erklärte sich die Kommission mit folgendem Vorschlag des Abg. Gamp einverstanden:

„In jedem Antrage muß ein Antragsteller das Wort erhalten. Wenn gleichlautende Anträge vorliegen, verständig sich die Antragsteller unter einander, wer von ihnen das Wort nimmt. Vor der Abstimmung muß das Wort zur Geschäftsordnung erteilt werden. Schlussanträge sind zulässig.“

Zum Schluß machte Graf Vosadomsky den Versuch, die Kommission zu einer schnelleren Erledigung der übrigen Tarifpunkte ohne eingehende Prüfung der einzelnen Positionen zu drängen.

Auch Graf Kanitz erklärte, daß die Verhandlungen in der Kommission über die einzelnen Zollsätze nur sekundären Werth haben, da erst bei den Handelsverträgen das entscheidende Wort gesprochen werde.

Von den Vertretern der Linken wurde diesem Versuche, die weiteren Verhandlungen der Kommission übers Kaie zu brechen, lebhaft widersprochen.

Den Abschluß der erregten Sitzung der Zollkommission am Dienstag bildete, wie noch erröht werden mag, die Mittheilung des Vorsitzenden Nettich, daß ein Photograph die Zollkommission aufzunehmen beabsichtige. Mit seinem Vorschlag, dieses Gesuch abzulehnen, fand der Vorsitzende allseitige Zustimmung. Wenigstens einmal Einstimmigkeit.

Die ministerielle Abbitte vor Genossen Bredendbeck in der Dienstag-Sitzung des Abgeordnetenhauses hatte folgenden Wortlaut:

Minister des Innern Hr. v. Hammerstein: Ich darf hier vielleicht auf gewisse hämische Angriffe zurückkommen, die im Reichstage gegen mich gerichtet sind. Sie erinnern sich, daß ich bei der Beratung des Falles Kubienkamp auch eine Bemerkung über Herrn Bredendbeck gemacht habe. Ich habe gesagt, daß dieser Herr ein Sigredakteur sei. Herr Bredendbeck hat darauf Veranlassung genommen, mir ein sehr höfliches und anständiges Schreiben zu schicken, in welchem er ausdrücklich für sich das Recht in Anspruch nimmt, ein Redakteur im wirklichen Sinne des Wortes zu sein. Er hat auch eine Anzahl Artikel zum Beweise beigelegt, von denen er ausdrücklich erklärt, daß er sie selbst geschrieben hat. Diese Artikel zeugen in der That von einer höheren Bildung, als ich sie ihm zugebracht habe. Ich befinde mich mit dieser Ansicht nicht allein, sondern selbst seine Parteigenossen haben, wie auch öffentlich erklärt wurde, die mit A. B. geschriebenen Artikel nicht ihm, sondern seinem Genossen August Bebel zugeschrieben. Das mag vom Standpunkt des Herrn Bredendbeck eine Ehre sein. Ich halte es für meine Pflicht, bei der ersten Gelegenheit, vor demselben Hause und an derselben Stelle, wo ich erklärt habe, daß ich die Bildung des Herrn Bredendbeck für milderwerthig halte, und daß er nur ein Sigredakteur sei, diesen Vorwurf zurückzunehmen. Ich möchte hinzufügen, daß meine frühere Annahme aber doch nicht so unbegründet war mit

Rücksicht darauf, daß Herr Bredendbeck als verantwortlicher Redakteur einer Zeitung in elf Monaten seiner Thätigkeit sich 500 Mark Geldstrafe und 16 Monate Gefängniß in vier verschiedenen Abschnitten erschrieben hat. (Heiterkeit.) Wenn man in elf Monaten 16 Monate sitzen muß (Heiterkeit), so ist es doch vergeblich, von einem Sigredakteur zu sprechen. Ich erkläre aber nochmals, daß er, wenn er, woran ich nicht zweifle, die Artikel selbst geschrieben hat, eine höhere Bildung besitzt. (Beifall links.)

Präsident v. Kröcher: Der Herr Minister hat von hämischen Angriffen im Reichstage gesprochen. Ich muß ihm bemerken, daß nach meiner persönlichen Erfahrung hämische Angriffe im Reichstage ungerügt durch das Präsidium bis jetzt noch nicht vorgekommen sind. (Beifall.)

So endete der Zwischenfall mit einer verdienten Zurechtweisung des — Ministers.

Der Reichstag setzte am Mittwoch zunächst die Debatte über die Auskunftsstelle für Auswanderer fort, die von der deutschen Kolonialgesellschaft errichtet werden soll. Neue Gesichtspunkte wurden von seiner Seite geltend gemacht. Eine lebhafteste Diskussion entspann sich über den Erwerb des Baugrunds für das neue Dienstgebäude der Kolonialverwaltung. Die Forderung wurde mit 126 gegen 91 Stimmen bewilligt. Das freudige Ereigniß, einen beschlußfähigen Reichstag zu haben, wurde von der Rechten mit Beifall aufgenommen.

Im Seniorenfondent einigte man sich am Mittwoch Vormittag darüber, die Osterferien in nächster Woche nach Abschluß der Staatsberatungen beginnen und bis zum 15. April dauern zu lassen. Von der Mehrheit der Zolltariff-Kommission wird es abhängen, ob die Sitzungen dieser Kommission schon am 8. April beginnen sollen.

Im Abgeordnetenhause wurde am Mittwoch der Kultusetat fortgesetzt. — Donnerstag fällt die Sitzung aus. Nach Erledigung einiger kleiner Vorlagen soll am Freitag die Beratung fortgesetzt werden.

Frauen und politische Vereine in Preußen. Nach einer Anzeige des Bundes der Landwirthe im hannoverschen Kreise Nienburg, hält dieser eine General-Versammlung „nebst Ball“ ab. Gegen die Anwesenheit von Damen hat anscheinend kein Landrath oder Bürgermeister in diesem Falle etwas. Man vergleiche damit das Schicksal der sozialdemokratischen Vereinsversammlungen mit Frauen in Berlin und Hannover!

Wider den Brotwucher. Im Dorfe Dornsdorf (Sachsen-Altenburg), wo neulich ein blinder Redner hineingefallen ist, nahm eine Versammlung von etwa 300 Bürgern aller Berufs, nach einem Referat des Sekretärs vom Handelsvertragsverein, Krauß, über den Zolltariff, einstimmig eine Resolution an, die den Wüthler von Bloedam erucht, gegen die Erhöhung der Lebensmittelpreise zu stimmen.

Eine agrarische Wahrheit. Bei den Verhandlungen der bayrischen Kammer über die Getreidezölle entschloß sich dem Hochagrarier Dr. Heim die Äußerung: der Zolltariff der Regierung „sei auf den Leib des Großgrundbesitzes direkt zugeschnitten“.

Stimm! Das haben wir Sozialdemokraten immer gesagt. Herr Dr. Heim aber war es, der unsere Anschauung im Reichstage mit all seiner demagogischen Beweglichkeit bekämpfte.

Eine Massenpetition der Dienstboten an den Reichstag bereitet zur Zeit der Verein der Dienstherrschaften und Dienstangehörigen in Berlin vor. Die Petition fordert Einführung obligatorischer Fortbildungsschulen mit anschließendem Haushaltungsunterricht und Ausdehnung der Reichs-Kranken- und Unfallversicherung auf die im Hausdienst Angestellten.

Der beleidigte Falkenhagen. Die Duellaffaire von Bennigsen-Falkenhagen wird noch ein weiteres Nachspiel vor Gericht haben. Ein Berliner illustriertes Blatt hatte seiner Zeit die Verhaftung des Domänenpächters Falkenhagen im Kreise leichter Damen in einem Vallotale auf dem Titelblatte bildlich dargestellt. Da in dem Bilde eine schwere Ehrenkränkung erblickt wird, so hat der Anwalt Falkenhagens Strafantrag gegen den verantwortlichen Redakteur des Blattes gestellt.

Deutscher Reichstag.

158. Sitzung, Mittwoch, den 5. März 1902.

Ein zweiter Nachtrag zum Reichshaushaltsetat für das Rechnungsjahr 1901 wird in zweiter Lesung debattelos angenommen.

Darauf wird die zweite Lesung des Etats des Auswärtigen Amtes beim Titel „Auskunftsstelle für Auswanderer“ fortgesetzt.

Abg. Graf Arnim (Rp.) vertheidigt die Kolonialgesellschaft gegen die gestrigen Angriffe des Abg. Bebel, daß die deutsche Kolonialgesellschaft parteipolitische Tendenzen verfolge.

Abg. Leuzmann (fr. Vp.): In der deutschen Kolonialgesellschaft sind nicht alle Parteien vertreten, sie ist deshalb nicht geeignet, die Organisation der Auskunftsstelle zu übernehmen, da sie zweifellos Werbepolitik für die Kolonien betreiben würde. Außerdem ist die Finanzlage jetzt so ungünstig, daß wir nicht für die Ueberweisung der 30,000 Mk. stimmen können.

Staatssekretär Freiherr v. Richthofen befreit, daß die deutsche Kolonialgesellschaft einseitige parteipolitische Propaganda betreiben würde.

Abg. Heim (Zentrum): Wir können die deutsche Kolonialgesellschaft nicht als unparteiische Stelle für die Uebertragung der Auskunftsstelle anerkennen. Wenn wir jetzt die 30,000 Mk. für die deutsche Kolonialgesellschaft bewilligen, so kommt vielleicht im nächsten Jahre der deutsche Flottenverein und fordert von uns gleichfalls eine Unterstützung zur Propaganda für die deutsche Flotte. Mit den 30,000 Mk., die jetzt gefordert werden, können wir schon eine große Anzahl Invaliden unterstützen. (Beifall links und im Zentrum.)

Die Abg. Passach (Zentrum) und Dr. Müller-Sagan (fr. Vp.) erklären sich gegen die Bewilligung der 30,000 Mk.

Abg. Gahenschly (Zentrum): Wenn man die 30,000 Mk. bewilligt, so kann das nur unter gewissen Bedingungen geschehen, die ich in dritter Lesung in einem Antrage formuliren werde.

Nachdem sich Dr. Raab (Antif.) für die Bewilligung der 30,000 Mk. erklärt hat, schließt die Diskussion.

Die Regierungsvorlage, welche verlangt, die 30,000 Mk. als dauernde Ausgabe in den Etat einzustellen, wird abgelehnt, der Antrag der Kommission, die 30,000 Mk. als einmalige Ausgabe zu bewilligen, gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, freisinnigen Volkspartei und einiger Zentrummitglieder angenommen.

Beim Kapitel „Kolonialverwaltung“ beschwert sich Abgeordneter Liebermann von Sonnenberg (Antif.) darüber, daß ein Feldwebel der Schutztruppe, der in Dienste Invalide geworden sei, die ihm zustehende Pension nicht vollständig erhalten habe.

Kolonialdirektor Dr. Stuebel erklärt, daß der betreffende Feldwebel aus der Schutztruppe ausgetreten und in das Heer übergetreten, sei, die Prüfung und Erledigung seiner Ansprüche also dem Kriegsministerium zuzuführen.

Das Kapitel wird darauf bewilligt. Damit ist das Ordinarium erledigt. Es folgt das Extraordinarium für den Aprilmonat werden 200,000 Mk. bewilligt. Zum Ankauf der Grundstücke Wilhelmstraße 62 und Rauerstraße 45/46 als Dienstgebäude der Kolonial-Zentralverwaltung wird als erste Rate 1,578,000 Mk. gefordert.

Die Kommission beantragt, den Ankauf der beiden Grundstücke unter der Bedingung, zu empfinden, daß der Gesamtankaufspreis von 2,000,000 Mk. auf 2,500,000 Mk. ermäßigt wird. Dann würde die erste Rate auf 1,278,000 Mk. ermäßigt werden.

Staatssekretär Freiherr v. Richthofen theilt mit, daß Feingewinn von 1,000,000 Mk. für den Ankauf der Grundstücke...

Aus aller Welt.

Für den verurtheilten Bankier Sternberg waren Ende vorigen Jahres unter der Arbeiterschaft der ihm gebührenden industriellen Unternehmungen Untersuchungen für ein Snabendgericht gesammelt worden, das dem Kaiser zu seinem diesjährigen Geburtstage vorgelegt werden soll. Die den beteiligten Kreisen jetzt mitgetheilt wurde, hat der Kaiser das Snabendgericht abschlägig beschieden.

Der frühere Polizeikommissar Bloch in Rom, jetzt in Wohlthun in Thüringen, wurde von der hiesigen Strafkammer wegen zweier Körperverletzungen im Amt zu einer Geldstrafe von 150 Mk. event. 30 Tagen Gefängniß verurtheilt. Die zur Anklage gestellten Vorfälle haben sich im Mai und Juni 1900, also zu jener Zeit juggetragen, in der die Bevölkerung von Rom, in Folge des Winterlichen Rohdes sehr erregt war. Bloch war damals erst 23 Jahre alt.

Werd. In Danburg erdroffelte ein 21-jähriger Zimmermann, Ramens Osbahr, seine Nachbarin, die 53-jährige Privatierin Diekmann, rannte 500 Mk. und flüchtete mit dem Gelde nach Kiel. Dort wurde der Raubmörder verhaftet und legte ein volles Geständniß ab.

Wachhabende Polizei als Verzeiwung. Aus Hamburg wird gemeldet: Der Arbeiter Schmidt, der während des Winters arbeitslos und zuletzt obdachlos war und hungerte, trat in der Begleitung auf der Straße an einen Schuhmann heran, um eine Wachhabende Polizei anzusprechen. Er wurde natürlich sofort verhaftet und heute zu 3 Monaten Gefängniß verurtheilt. Jetzt braucht er wahrscheinlich nicht mehr zu hungern!

Ein feinsinniger Diebstahl wurde verübt in Gießen. Einmalig hat man fast alle Käsejagdmarsche eingehalten und der Staatsanwaltschaft übergeben worden, die sie durch einen Streifenband der Hauptbehörde als unzulässig beschreiben ließ und dann unter Beschuldigung nahm. Als der Erste Staatsanwalt vor Gericht die Sache wieder hervorholte wollte, waren sie verschunden. Die sah er gab, hatte ein Dieb das Verhältnis mit einem Kaufschlüssel gestiftet, die Sache gestohlen und sie wieder in Verkehr gebracht, nachdem er den Streifenband mit Tinte unlesbar gemacht hatte. Zu Spionage ist inzwischen ermittelt worden und wird sich nicht nur wegen Unterschlagung, sondern auch wegen Missethats zu verantworten haben.

Wach und Selbstmord. In Gießen a. M. grüßte ein Invalide, Namens Schradt, mit seiner Handwaffe in einem Hof und schlug ihn im Kopf mit einem schweren Hammer auf den Kopf. Die Unglückliche wurde lebensgefährlich verletzt und nach Krankenhaus gebracht, während Schradt sich durch einen Revolvererschuß tödtete.

Eine menschenliche Geste. In der Gemeinde Verdingen in Hagen hat der Bauer Schradt, nachdem er seine Frau geschlagen, sich und seiner Gattin in den Bach geworfen und hat sich einen selbstigen Tod gegeben und die Gattin verunglückt. Die

Hier konnte sich betriegen und Hilfe holen. Die Kinder wurden gerettet. Der Mann erkrankte sich im Dorfmannen. Er ist offenbar wahnsinnig.

Vater und Sohn. Großes Aufsehen erregt in Agram das Verschwinden des Vaters Barbics, eines Günstlings des Erzherzogs, und der Frau Kluba. Die Beiden sollen ein intimes Verhältnis unterhalten und sich nach Amerika geflüchtet haben.

Ein Spatmann im Gefängniß. Der kürzlich wegen Unterschlagung und Urkundenfälschung in Triest unter Degradation zum Gemeinen zu längerer Freiheitsstrafe verurtheilte Spatmann Koch wurde unter Führung eines Hauptmanns durch ein Begleitkommando von zwei Unteroffizieren, zwei Gefreuten und zwei Mann zur Strafverurteilung nach Köln transportirt. Da Hauptmann Koch auf dem Bahnhof zu Köln einen Hundweichek unternahm, um sich im Rhein zu erweiden, so mußte das Kommando laden und Sentenzen aufpassen. Nach der Ankunft im Gefängniß wurde Koch als Missethäter unter der Bewachung zum Zeichen der Degradation Uniform, Helm, Säbel und Portepapier ablegen und Bewilligung angeben.

Literatur.

Nationalismus und Internationalismus im 19. Jahrhundert. Von Dr. Sabinaus Gumpelwicz. Am Anfang des Jahrhunderts. 7. Jhr. 1902. Verlag Auslieferung. Berlin H. S. Preis 30 Pfg. Der Verfasser beginnt mit einer historischen Skizze der wichtigsten nationalen Kämpfe im 19. Jahrhundert, um sodann zwei typische Beispiele völkischer Staaten ausführlich zu behandeln: Desterreich und die Schweiz. Darauf wird die Theorie des Nationalismus erwidert. Das Problem der nationalen Freiheit erweist hierbei als ein besondertes Fall des allgemeinen Problems der Demokratie, und aus diesem Zusammenhang erklärt der Verfasser die Thesen, daß in einem Zeitraume zunehmender Demokratisierung die nationalen Kämpfe nicht verschwinden, sondern zunächst weniger Umfang und Heftigkeit genöthigt zunehmen und so lange das gemeinsame ökonomische Leben zu beherrschend drohen, bis die getrennten Forderungen jeder einzelnen Nation befriedigt sind. Eine besondere Bedeutung erlangen hierbei die Beziehungen zwischen dem nationalen und dem internationalen Streitungsstand und dem Klassenkampf der arbeitenden Völker. Der Schrift der Verfasser bilden die Darstellung eines Komplexes letzterer nationaler Fragen, die zwar für die politische Gesamtentwicklung Europas geradezu von bestimmender Wichtigkeit sind, aber welche aber trotzdem innerhalb der deutschen Literatur ein zieml. leerer Raum umschweben, verbunden mit einem sehr hohen Grade von Genauigkeit: eine Darstellung der nationalen Fragen in

Lokales und Provinzielles.

Breslau, den 6. März 1902.

Wähler-Versammlung.

Sonntag Vormittag 11 Uhr im Gewerkschaftshause.

Referent: Pastor a. D. Paul Göhre.

Ausweisung der Frauen aus einer öffentlichen Versammlung. Dem Einberufer der Wähler-Versammlung vom vergangenen Sonntag, Genossen Julius Bruhns, ist auf die von demselben gegen die Ausweisung der Frauen aus jener Versammlung erhobene Beschwerde vom Herrn Polizei-Präsidenten Dr. Wienko folgender Bescheid zugegangen:

Auf Eurer Wohlgebornen heut hier eingegangene Beschwerde vom 4. d. Mts. wider den Revier-Polizei-Kommissarius Dehnte erwidere ich ergebenst, daß ich bereits vor deren Eingang Veranlassung genommen hatte, den Sachverhalt festzustellen, daß sich hierbei das Vorgehen des genannten Beamten als durchaus inkorrekt und mit den bestehenden gesetzlichen Vorschriften nicht vereinbar erwiesen hat, und daß ich deshalb gegen den Beamten eine empfindliche Disziplinarstrafe festgesetzt habe.

Der Königliche Polizei-Präsident.

Wir dürfen über die ebenso prompte wie nachdrückliche Zurechtweisung des betreffenden Beamten durch den Herrn Polizei-Präsidenten unsere aufrichtige Freude aussprechen.

Listenföhrer gesucht! Das sozialdemokratische Wahlkomitee ersucht hierdurch alle diejenigen Genossen, welche in der Lage und gewillt sind am Wahltage, Donnerstag den 20. März, als Listenföhrer für die Partei in den Wahllokalen zu fungieren, sich mündlich oder schriftlich im Wahlbureau „Bar auf der Orgel“, Kupferschmiedestraße 39 (auch Nablergasse 2) oder in der Expedition der Volksnach, Neue Graupenstraße 5/6 zu melden.

Neben der Wahlagitatio ist die wichtigste Thätigkeit eines jeden guten Genossen die Beschaffung von Geld für den Wahlkampf. Ohne Geldmittel ist die nachhaltige Agitatio überhaupt garnicht möglich. Daher heißt es für jeden Genossen: Das Eine thun und das Andere nicht lassen. Organisiert, agitiert und sorgt vor Allem für die zum Kampf erforderlichen Geldmittel!

Die konservativ-klerikalen fangen an, sich zu röhren. Die „Schlesische Zeitung“ berichtet: „Montag, den 10. d. Mts., Abends 9 Uhr, findet im Dreikaiser-Saale bei Banzel, Gräbischenerstraße 74, eine Wähler-Versammlung der Deutschkonservativen, des Neuen Wahlvereins und des Zentrums statt, in der Redakteur Riisföke über „Brotwucher und Zolltarif“ sprechen wird. Zu der Versammlung sind Mitglieder aller Parteien willkommen. Es findet freie Diskussion statt.“ Selbstverständlich werden unsere Genossen am Plage sein und sich auch an der Diskussion beteiligen.

Am Donnerstag, den 13. März, wird dann die große konservativ-klerikale Wähler-Versammlung im „Konzertsaal“ stattfinden, in der der Kandidat dieser Parteien, Herr Justizrat Vellerode, sprechen wird. Außerdem werden sprechen: für die Deutschkonservativen der Generallandschafts-Syndikus Grüßner, für den Neuen Wahlverein Geheimerr Regierungsrath Gürich und für das Zentrum Pfarrer Neumann. Eine freie Diskussion ist für diese Versammlung nicht angefündigt, so daß unsere Parteigenossen keine Veranlassung haben werden, an dieser Versammlung teilzunehmen.

Weberausstand in Giesien. In der mechanischen Weberei zu Dittersbach (Stadt) sind seit Freitag sämtliche Arbeiter ausständig. Grund dazu ist eine Lohnreduzierung, die bei einzelnen Artikeln 25-30 Prozent ausmacht. Es giebt Stücke, bei denen man den Lohn von 7.25 Mk. auf 5 Mk. herabgesetzt hat. Auch den Ketten- wie Schußpulvern, ebenso auch den Stärkern ist der Lohn stark gekürzt worden. Es ist selbstverständlich, daß die Arbeiter sich eine solche unehöhrte Reduzierung ihrer Löhne nicht gefallen lassen konnten und so traten sie denn allesamt, etwa 100 Personen, in den Ausstand. Bei der ersten Verhandlung sind sie abgewiesen worden. Man hat das Arbeitsverhältnis für gelöst erklärt und die Firma will am Mittwoch den Betrieb wieder eröffnen und Arbeiter zu den neuen Löhnen einstellen. Es dürften sich wohl aber sehr schwer welche finden, welche zu diesem Lohne arbeiten. Schon jetzt war die Fabrik ein richtiger Taubenschlag. Im Jahre 1899 gab man die Löhne auf 6-7 Mk. an. Man bedenke nur diese Lohnreduzierung. Die Firma hat schon früher in allen Gegenden Arbeiter angeworben, die dann bitter enttäuscht wurden, wenn sie hinkamen. Einige sind um ihre besten Sachen gekommen. Wenn also jetzt wieder Werbeapostel für die mechanische Weberei in Dittersbach (städtisch), Kreis Landeshut, kommen, dann weiß man sich danach zu richten. Es ist, wie leicht erklärlich, eine vollständig verarmte Arbeiterschaft, die von der Hand in den Mund lebt. Hülfe deshalb ein Jeder sorgen, daß die Armen nicht noch weiter herabgedrückt werden. Gelder und Zuschriften wolle man richten an den Arbeiter-Sekretär Hermann Kräßig in Landeshut, Oberthor 1.

Ueber den Dittersbacher Weberstreik wird uns weiter geschrieben:

Während bei den schmalen Büchen der Abzug durchschnittlich 20 bis 30 Pfg. pro Stück und bei den breiten Büchen durchschnittlich 50 Pfg. pro Stück beträgt, ist derselbe bei den besseren Baaren und beim Musterweben geradezu enorm hoch. Ein Vergleich des alten mit dem neuen Lohnsatz mag das lehren.

Früher gab es von Körper 120 Gang auf 130 Zentimeter Breite gezeichnet bei 36 Schuß im Zentimeter 8,25 für 70 Meter. Jetzt will die Firma nur noch 5,00 Mk. geben, also nur die Hälfte von 3,25 Mk. abziehen. Ebenso enorm hoch sind die Abzüge beim Double. Bei Double schmal betrug früher bei 45 Schuß pro Zentimeter der Lohn von 15 Pfg. jetzt will man nur 10 Pfg. geben.

Beise von 2 1/2 Millionen einverstanden erklärt und daß der preussische Fiskus die Bedingung angenommen habe.

Abg. Dr. Müller-Sagan (fr. Vp.) bittet um Ablehnung der Position, da der Preis zu hoch und das Grundstück überhaupt ungenügend sei.

Abg. Werner (Antif.) tritt für Bewilligung der Summe ein. Abg. Bebel (Sog.) Der Theil des Grundstückes nach der Mauerstraße zu wird sich bald als unzureichend herausstellen und kostspielige Neubauten erfordern. Das Grundstück ist ganz ungeeignet. Es würde kaum einen Privatkauf finden und ein solcher würde sicher nicht mehr als 1 1/2 Millionen zahlen. In der Wilhelmstraße sind mit Leichtigkeit Grundstücke zu günstigeren Bedingungen zu finden, die für die Zwecke der Kolonialverwaltung besser geeignet sind. Wir werden gegen die Position stimmen.

Abg. Cahensih (Centr.) erklärt sich für die Bewilligung der Summe. Die Bedenken des Abg. Bebel seien schon in der Kommission widerlegt worden.

Damit schließt die Diskussion. Auf Antrag Müller-Sagan (fr. Vp.) ist die Abstimmung über den Kommissionsantrag eine namentliche.

Der Kommissionsantrag wird mit 126 gegen 91 Stimmen angenommen.

Die Mittheilung des Vizepräsidenten Grafen Stolberg-Bernigerode, daß 217 Abgeordnete abgestimmt hätten, das Haus also beschlußfähig sei, wird von der Mehrheit mit Beifall aufgenommen. Der Rest des Etats des Auswärtigen Amtes wird debattelos angenommen.

Es folgt die zweite Berathung des Kolonial-etats, die mit dem Etat für Ostafrika beginnt.

Abg. Dr. Arendt (Npt.) nimmt die Neuzugänge, die er bei der Erörterung der Tuderbriefe über den verstorbenen Kolonialdirektor Dr. Kahler gethan hat, auf Veranlassung der Wittwe des Verstorbenen zurück, weist es aber auf das Entschiedenste ab, daß sein Vorgehen, wie es die „Kölnische Zeitung“ gethan habe, irgend in Vergleich gestellt werde mit dem Verhalten des Abg. Bebel betreffs des Tuderbriefes. Schon Fürst Bismarck habe einmal die „Köln. Ztg.“ das schädigste Blatt der Welt genannt und er bitte die Regierung, der „Köln. Ztg.“ die ihr bis jetzt noch immer geschenkte Beachtung zu entziehen.

Abg. Frese (Npt.) wagt die „Köln. Ztg.“ gegenüber den Worten des Abg. Arendt in Schutz.

Damit jenseit die Debatte, der Titel wird bewilligt; ebenso eine Reihe weiterer Titel.

Es folgt die Etatsposition, die zur Fortführung der Eisenbahn Tanga-Rorogwe bis Mombasa als 1. Rate 1.550.000 Mark fordert. Abg. Dr. Arendt (Npt.) beantragt, als erste Rate 950.000 Mark zu bewilligen, während die Kommission den Titel ganz bewilligen will.

Kolonialdirektor Senebel bittet wenigstens um Annahme des Antrages Arendt, wenn der Reichstag nicht die ganze Forderung bewilligen wolle.

Abg. Richter (fr. Vpl.): Ich bitte, die Forderung abzulehnen. Wenn wir auch nur die erste Rate jetzt bewilligen, so sind wir doch für den Bau der ganzen Bahn gebunden. Alle Ausgaben, die wir jetzt noch etwa bewilligen, fallen auf eine Erhöhung der Matrifularbeiträge, das sollten die Herren bedenken.

Staatssekretär Frö. v. Richthofen warnt davor, die Arbeiten liegen zu lassen. Die Bahn muß weiter geführt werden, wenn dies auch in langsamem Tempo geschehe.

Abg. Dr. Arendt (Reichsp.): Hier wäre eine Sparjamkeit ganz falsch angebracht. (Lachen links.) Die geforderte Summe ist so gering, daß sie im Etat des deutschen Reiches gar keine Rolle spielt. Wenn wir jetzt unsere ganze Kolonialpolitik vernachlässigen wollten, so könnten wir ja gleich dem Beispiel Hannibal Fisches folgen, der die deutsche Flotte an den Westküsten veräußerte. (Lachen links.) Ohne Eisenbahnen kommen wir in unseren Kolonien nicht aus. Das sollte das Zentrum bedenken, das mit uns die Kolonialpolitik gemacht hat, und uns bei diesem Bahnbau nicht im Stich lassen. (Beifall rechts.)

Abg. Werner (Antifemist) spricht sich für den Antrag Dr. Arendt aus.

Abg. Richter (fr. Vpl.): Wir besaßen durch die Bewilligung dieser Bahn das Reich mit einem neuen Defizit von drei bis vier Millionen Mark. Schließlich wird auf diese Weise die Einführung einer Bier- und Tabaksteuer unvermeidlich werden. Ist das die Mittelstandspolitik des Abg. Werner. Herr Dr. Arendt will an anderen Kolonialausgaben sparen. Dann müge er doch sein Versprechen wahr machen, wir stehen ja erst im Beginn der zweiten Lesung des Kolonial-etats. (Weiterkeit.) Die Begründung für den Bahnbau, daß Arbeiter beschäftigt werden müssen, ist hinfällig. Es wird immer noch eine Strecke übrig bleiben, wo Bahnen gebaut und Arbeiter beschäftigt werden können. Die Bahn soll, wie ich gehört habe, ja auch dazu dienen, die Neuzugänge der Eingeborenen zu befriedigen, die wissen wollen, wie es an der Küste aussieht. Also eine Bahn gewissermaßen zu Sonntag-Nachmittags-Spazierfahrten. (Gr. Weiterkeit.) Eine Million rollt zur anderen; dem muß endlich Einhalt gethan werden. (Bravo! links.)

Staats-Sekretär Frö. v. Richthofen bemerkt, daß es sich nicht um eine richtige „Afrilabahn“, sondern nur um eine Bahn von 44 Kilometern handle.

Abg. Bindewaldt (Antif.): Herr Richter scheint unter Mittelstandspolitik Eisenbahnpolitik zu verstehen. Unsere Kolonien sind sehr werthvoll. Man sollte die deutschen Auswanderer nach dem fruchtbarsten Uambara-Land lenken. Man schaffe in unseren Kolonien kleine Bauernhöfe. (Großes Gelächter links.) Jeder ist in unseren Kolonien das Großkapital zu sehr beteiligt und macht den Kolonialbesitz zum Gegenstand von Schacher-Geschäften. Der Abg. Richter als markantester Vertreter des Großkapitalismus im Reichstage (Lachen links) hätte am wenigsten Ursache, die Mittelstandspolitik der deutsch-sozialen Reformpartei zu bekämpfen. (Bravo! bei den Antifemisten.)

Darauf schließt die Diskussion. Die Regierungsvorlage wird gegen die Stimmen der Nationalliberalen, der Reichspartei, einiger Konservativer und des Abg. Frese (fr. Vpl.) abgelehnt. Ueber den Antrag Arendt wird auf Antrag Richter namentlich abgestimmt. Es stimmen 218 Abgeordnete und zwar 98 für 120, gegen den Antrag, der somit abgelehnt ist. Die Position wird nach dem Antrag der Budgetkommission getrichen.

Darauf vertritt das Haus die Weiterberathung auf Donnerstags 1 Uhr. Außerdem Garantie-Vorlage für die ostafrikanische Zentralbahn.

Partei-Angelegenheiten.

Bei den Gemeindevahlen in Sechenheim wurden die beiden sozialdemokratischen Kandidaten gegen die vereinigten Gegner gewählt.

In den Gewerbegerichts-Wahlen, die am Sonntag im Niedert stattfanden, ist das Resultat recht interessant. Es erhielten im ersten Bezirk die vom Gewerkschaftskartell aufgestellten Kandidaten 61 Stimmen, die Hirsch-Dandert'schen brachte es auf 33 Stimmen, im zweiten Bezirk war das Verhältnis 775:19, im dritten 835:20, im vierten 777:49.

Arbeiterbewegung.

Zur Bewegung der Schneider. Die vom Arbeitgeber-Verband des Schneidergewerbes in München angebrohte Auslieferung der Schneider und Schneiderinnen ist thatsächlich in Kraft getreten. Sämtliche dem Schanzmacher-Verbande angehörenden 35 Firmen haben rücksichtslos ihre Leute, darunter solche mit zwanzigjähriger Dienstzeit, aus Plaster geworfen. Ausgesperrt sind circa 650-700 Gehilfen, darunter etwa 400 verheirathete mit beiläufig 500 Kindern. Bekanntlich haben die Gehilfen keinerlei neue Forderungen gestellt, sondern verlangen nur, den vor drei Jahren vereinbarten und demnach ablaufenden Tarif für weitere drei Jahre zu erneuern. Von den nicht zu den Schanzmachern zählenden Firmen haben 21 mit circa 600 Arbeitern und Arbeiterinnen den Tarif ausnahmslos er-

man früher 21 Pfg. pro Meter, jetzt will man nur noch 15 Pfg. geben. Für Musterweben gab die Firma früher, da diese Arbeit in Afford nicht gemacht werden kann, Tagelohn und zwar pro Tag und Stuhl 1,50 Mk. So eine Musterlette ist 10 Meter lang. Durch das viele Wechseln der Muster, öftere Garnholten und Vorrichten verläuft sich aber der Arbeiter so, daß er meist 1 1/2 Tag an den 10 Metern zu arbeiten hat. Nach früherem Lohne hätte er dafür 2,25 Mk. bekommen. Jetzt verlangt die Firma die Muster auch in Afford gemacht und will, man höre und staune, für die Musterlette ganze 42 Pfg. (zweizehnerzig Pfennig) Lohn geben. Dabei muß der Arbeiter buchstäblich verhungern.

Die Erbitterung gegen die Firma, deren Wittihaber Herr Benno Schent in Breslau wohnt, ist denn auch bei der Bevölkerung ungeheuer. Am Dienstag von 1-4 Uhr Nachmittags sollten sich diejenigen, welche für den neuen Lohn arbeiten wollten, in der Fabrik melden. Die Arbeiter hatten sich aber bis auf den letzten Mann bei Scholz versammelt und beschloßen dort nach kurzer Berathung in geheimer Abstimmung einstimmig, die Arbeit nicht früher aufzunehmen, bis die Firma nicht nur den alten Lohn, sondern auch von jedem Stück noch 20 Pfg. mehr denn früher giebt. Sodann verlangen die Arbeiter in erster Linie die Entlassung des erst angestellten Direktors Ulrich, gegen den in der Versammlung große Beschwerden erhoben wurden. Gegen 4 Uhr erschien der Amtsvorsteher und erkundigte sich, wie die Arbeiter beschloßen hätten. Er ersuchte dieselben sodann, eine Kommission zur Firma zu senden, da diese auf Nachricht warte. Es ging denn auch sofort eine Kommission ab, aber Herr Schent hatte sich so gestellt, als wenn er von nichts wisse. Die Kommission hatte ihm sodann berichtet, was die Arbeiter beschloßen hatten; darunter auch, daß sämtliche Weber die Firma wegen Kontraktbruch verklagen würden, weil die Firma die Lohnreduzierung nicht 14 Tage vorher angezeigt, sondern den Webern einfach von den fertigen Stücken die Lohnabzüge gemacht habe und weil die Firma, als die Weber dieser Lohnreduzierung wegen vorstellig wurden, den Betrieb eingestellt und das Arbeitsverhältnis für gelöst erklärt hatte. Herr Schent war von dieser Mittheilung nicht sehr erbaut und erklärte dann, für die schon fertigen Stücke noch den alten Lohn zahlen zu wollen. Was er aber von den neuen Stücken geben werde, wisse er jetzt noch nicht. Recht treffend meinte ein Arbeiter auf die letztere Bemerkung des Herrn Schent, in der Versammlung, daß nun kein Mensch erst recht nicht anfangen könne zu arbeiten, denn wenn Schent noch nicht wisse, was er geben soll, wäre es gar nicht ausgeschlossen, daß sie dann das Stück Waare für eine Käsechnitte weben müßten. Die Stimmung unter den Leuten ist die denkbar beste und berechtigt zu den schönsten Hoffnungen.

Der Droschkentöchter und sein Pferd. Dieses Thema könnte ein Dichter zum Inhalt eines Gedichtes machen und ein ebenso ergreifendes Werk schaffen, als Chamisso in dem „Vetler und sein Hund“ geschaffen hat. Der Droschkentöchter ist ein Proletarier, wie alle Arbeiter, und durch die Bucherzölle wird ihm und seiner Familie das Brot ebenso verteuert wie jedem anderen Reichsangehörigen. Auch er muß hungern, um dem Junker die Taschen zu füllen. Aber er ist doppelt geplagt; er hat in seinem Pferd einen Leidensgenossen. Auch dem Pferd wird der Brotkorb höher gehängt. Erstens wird der Hafer nach dem neuen Tarif höher verzollt. Am Freitag beschloß die Mehrheit der Zolltarifkommission dazu einen Maiszoll von 5 Mk. für den Doppelzentner. Mais ist ein sehr gutes Kraftfutter für Pferde. Verfütterte doch die Berliner Pferdebaugesellschaft für 3 Millionen Mark Mais und für 300.000 Mark Hafer. Ein Droschkentöchter braucht täglich mindestens 6 Kilo Kraftfutter. Gegenwärtig wird für den Doppelzentner Mais 1.60 Mk. Zoll erhoben. Es tritt also eine Vertteuerung von 3.40 Mk. für den Doppelzentner ein. Will der Droschkentöchter sein Pferd nicht verhungern lassen, dann wird er im Jahre 2190 Kilo Mais verfüttern müssen. Andere Arbeitspferde bekommen bis 10 Kilo Kraftfutter täglich. Er wird also jährlich 74.46 Mk. mehr für Pferdefutter ausgeben müssen. Da nicht daran zu denken ist, daß die Einnahmen steigen, so steht der Droschkentöchter vor der Frage, ob er sein Pferd hungern lassen will oder ob er, da dieses unrentabel wäre, sein Pferd satt füttern und dafür selbst mit seiner Familie darben will.

Auch der Droschkengaul muß empfinden, daß die Nachkommen der Raubritter dem Volke erhalten werden müssen.

Verlegung der Unterrichtsstunden in der Volksschule. Vom neuen Schuljahre ab soll nach einer wohl magistratsoffiziösen Mittheilung der „Bresl. Ztg.“ die bisherige Lage der Unterrichtsstunden in den Volksschulen insofern eine sehr wesentliche Aenderung erfahren, als sie hauptsächlich in den Vormittagsstunden zur Erlebigung kommen sollen, während Nachmittags nur der Rest der Stundenzahl, und zwar lediglich technischer Unterricht (Handarbeit und Turnen), angesetzt wird. Irgend welche Aenderung oder Beschränkung des vorgeschriebenen Lehrpensums zieht diese Verschiebung der Unterrichtszeit nicht nach sich, wohl aber werden mancherlei Abweichungen in der Lage der Stunden im Stundenvertheilungsplan die Folge sein. In den Knaben-schulen wird der gesammte Unterricht, mit Ausnahme der beiden Turnstunden, die von der dritten Klasse ab in jeder der oberen Klassen erteilt werden, an den Vormittagen erteilt, und zwar von 8 bis 1 Uhr, bezw. von 7 bis 12 Uhr; dagegen werden die Mädchenschulen wegen des Handarbeitsunterrichts auch bei der Zusammenlegung an ein oder zwei Nachmittagen Schulunterricht haben. Die Erholungspausen dauern nach der ersten Stunde 10, nach der zweiten Stunde 10, nach der dritten 5 und nach der vierten Stunde 15 Min., zusammen 40 Minuten. Zwischen Doppelstunden (Handarbeitsunterricht) ist eine Pause von 5 Minuten zu legen.

Im Ueber Schulpaläste haben wir schon oft unseren Lesern Mittheilungen machen können. Auch heute sind wir wieder in der Lage, zwei solcher Paläste der Vergessenheit zu entreißen. Seit Mitte Februar ist in Groß-Schrypscho bei Zitz die katholische Schule geschlossen, da dieselbe sich in einem derartig baufälligen Zustande befindet, daß für die Kinder Gefahr droht. Der zweite derartige Schulpalast befindet sich in Dopiewo bei Pul. Das ältere der dortigen beiden Schulhäuser war sehr baufällig und war seitens der Regierung auch bereits der Neubau eines zweiflügeligen Schulgebäudes geplant. Der kürzere traf aber eine Verfügung seitens der Regierung, ein, welche besagte, daß in absehbarer Zeit wegen Mangel an Mitteln an einen Neubau nicht zu denken sei. Außerdem herrscht hier auch noch Scherzmangel. So unterrichtet ein Lehrer hier circa 300 Kinder in vier Klassen und zwar schon seit dem 1. Oktober vorigen Jahres. Wie sieht es doch? Die Unterrichtsbedingungen sind nicht nur für die Kinder, sondern auch für die Lehrer sehr ungünstig. Die Schulhäuser bauen und Scherz anstellen wird wohl für die Zukunft eine wichtige Aufgabe sein.

